

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2005

Nr. 2005/2202

KR.Nr. SGB 118/2005 **PB 42**

Legislaturplan 2005 – 2009 und Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001 – 2005 Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion SVP vom 3. Oktober 2005 (FD08)

1. Antragstext

Die Fraktion SVP beantragt folgenden Planungsbeschluss:

Unter dem politischen Schwerpunkt 6.2 «Personalpolitik» soll der Text unter 6.2b) «Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005–2009» neu wie folgt lauten:

Die durch den Gesamtarbeitsvertrag GAV und dessen Erarbeitung erreichten guten Voraussetzungen für eine fortschrittliche Personalpolitik und eine offene sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit sollen in der neuen Amtsperiode ausgebaut werden.

Dies mit den Zielen

- den Arbeitsfrieden zu erhalten,
- ☐die Gleichwertigkeit der Geschlechter zu fördern,
- ☐die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu steigern,
- ☐die Staatsaufgaben mit motivierten, leistungsfähigen Mitarbeitenden in einer fortschrittlichen Unternehmenskultur effizient und effektiv zu erfüllen.
- **Stellenbewirtschaftung**

2. Begründung (Antragstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Bereits heute werden die Stellen beim Staat aktiv bewirtschaftet. Im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, WoV, geschieht dies jedoch auf der operativen Stufe der Globalbudgeteinheiten und nicht wie früher zentral. Jede frei werdende Stelle wird vor einer Neuausschreibung in den Organisationseinheiten auf Notwendigkeit und Zweckmässigkeit überprüft, gegebenenfalls nicht mehr, nur noch teilweise oder auch in anderer Form wiederbesetzt.

Im Sinne der WoV-Philosophie wäre es falsch, zur früher praktizierten zentralen Stellenbewirtschaftung zurückzukehren. Die Führung des Staates erfolgt heute über die Wirkungs- und Leistungsziele und die dafür in den Globalbudgets bewilligten Mittel und nicht mehr über Stelleneinheiten, also über eine Outputorientierung im Gegensatz zur Inputsteuerung früherer Jahre. Eine zentrale Stellenbewirtschaftung wäre deshalb ein Rückschritt und würde einer zeitgemässen Staatsführung nicht mehr ent-

sprechen. Gerade die allgemein anerkannten Erfolge des Kantons in der Sanierung seines Finanzhaushaltes basieren zu wesentlichen Teilen auf dieser neuen Führungs- und Steuerungsphilosophie, die es weiter auszubauen und nicht abzubauen gilt.

4. Antrag des Regierungsrates

Ablehnung.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Vorberatende Kommission

Spezialkommission

Verteiler

Finanzdepartement

Personalamt

Aktuarin Spezialkommission (scs)

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat